

SÄCHSISCHES STAATSMINISTERIUM FÜR SOZIALES UND GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENHALT
Albertstraße 10 | 01097 Dresden

An die Träger von
Freiwilligendienste im Freistaat Sachsen

Freiwilligendienste und Corona-Epidemie 9. Rundschreiben

Einführung einer einrichtungsbezogenen Impfpflicht für Freiwilligendienstleistende im Gesundheits- und Pflegebereich

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Sommer waren wir noch optimistisch, bald keine weiteren Rundschreiben zum Thema „Freiwilligendienste in der Corona-Pandemie“ verfassen zu müssen. Leider hat uns die Entwicklung in den letzten Monaten eines Besseren belehrt.

So wie es aussieht, wird uns diese unberechenbare Krankheit noch weit bis ins Jahr 2022 und schlimmstenfalls auch noch darüber hinaus massiv belasten.

Um diesen Belastungen zu begegnen, hat der Deutsche Bundestag am 10. Dezember 2021 das „Gesetz zur Stärkung der Impfprävention gegen Covid-19“ verabschiedet. Dieses Gesetz sieht neben anderen Maßnahmen auch eine sogenannte einrichtungsbezogene Impfpflicht vor.

Beschäftigte in Einrichtungen des Gesundheits- und Pflegebereichs müssen nun ab dem 15. März 2022 ihrem Arbeitgeber nachweisen, dass sie geimpft oder genesen sind oder dass sie aus medizinischen Gründen ausnahmsweise nicht geimpft werden können.

Da sich dies zwangsläufig auf diejenigen auswirken wird, die ihren Freiwilligendienst im „Weißen Bereich“ leisten, haben wir die wichtigsten Aspekte der einrichtungsbezogenen Impfpflicht kurz zusammengefasst.

Denn die neue Impfpflicht gilt nicht nur für diejenigen, die auf Grundlage eines klassischen Dienst- oder Arbeitsverhältnisses in den Einrichtungen tätig sind, sondern auch für alle anderen wie etwa Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter, Praktikantinnen und Praktikanten, ehrenamtlich Tätige und eben auch für Freiwilligendienstleistende.

Ihr Ansprechpartner
Christian Avenarius

Durchwahl
Telefon +49 351 564-54980
Telefax +49 351 564-54909

christian.avenarius@
sms.sachsen.de*

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Aktenzeichen
(bitte bei Antwort angeben)

Dresden,
21. Dezember 2021

MACH WAS WICHTIGES
Arbeiten im Öffentlichen Dienst Sachsen

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium
für Soziales und Gesellschaft-
lichen Zusammenhalt
Referat 64 | Demokratiezentrum
Albertstraße 10
01097 Dresden

www.sms.sachsen.de

Leitweg-ID 14-0801001SMS01-02

Verkehrsanbindung:
Zu erreichen mit den Straßen-
bahnlinien 3, 7, 8
Haltestelle Carolaplatz

Für Besucher mit Behinderungen
befinden sich gekennzeichnete
Parkplätze bei
Einfahrt Albertstraße 10 oder Ar-
chivstraße, Innenhof SMS

*Information zum Zugang für
verschlüsselte/signierte E-Mails/
elektronische Dokumente unter
www.sms.sachsen.de/kontakt.html

Datenschutzinformationen unter
www.sms.sachsen.de/datenenschutz.html

1. In welchen Einrichtungen gilt die neue Impfpflicht?

Die neue Impfpflicht gilt insbesondere in
Krankenhäusern,
Einrichtungen für ambulante Operationen,
Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen,
Dialyseeinrichtungen,
Tageskliniken,
Entbindungseinrichtungen,
Arzt- und Zahnarztpraxen,
Praxen sonstiger humanmedizinischer Heilberufe,
sozialpädiatrischen Zentren,
Pflegeheimen.

Des Weiteren gilt die Impfpflicht für den Einsatz von ambulanten Pflegediensten und Rettungsdiensten sowie in den Einrichtungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes und den medizinischen Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen.

2. Für welche Arbeitsbereiche gilt die neue Impfpflicht?

Die neue Impfpflicht gilt für sämtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Einrichtungen des Gesundheits- und Pflegebereiches, also nicht nur für diejenigen, die ständigen Kontakt zu den Patienten oder Pflegebedürftigen haben.

Sie gilt deshalb beispielsweise auch für die Beschäftigten in den Verwaltungen der Einrichtungen, für die Reinigungskräfte oder für die Angehörigen von alle Fahrdiensten.

3. Ab wann gilt die neue Impfpflicht?

Die neue Impfpflicht gilt ab dem 15. März 2022. Noch nicht Geimpfte haben noch genügend Zeit, ihrer Verpflichtung rechtzeitig nachzukommen. Der empfohlene zeitliche Abstand zwischen Erst- und Zweitimpfung liegt bei mindestens drei Wochen. Die Erstimpfung kann somit bis Anfang Februar 2022 vorgenommen werden. Die zweite Impfung sollte dann spätestens Anfang März 2022 erfolgen. Der Impfschutz gilt erst zwei Wochen nach der zweiten Impfung als vollständig.

4. Was passiert bei Missachtung der Impfpflicht?

Beschäftigte, die es ablehnen, sich impfen zu lassen, dürfen die Einrichtungen, in denen sie bislang gearbeitet haben, nicht mehr betreten. Dies kann im schlimmsten Fall zum Verlust des Arbeitsplatzes führen. Dies gilt auch für den Freiwilligendienst.

Die Verantwortlichen in den Einrichtungen müssen zwar alles dafür tun, um nicht geimpfte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf eine Weise weiter zu beschäftigen, die mit

den gesetzlichen Vorgaben zu vereinbaren ist. In Betracht kommen hier insbesondere Tätigkeiten im Homeoffice.

In den meisten Einrichtungen des Gesundheits- und Pflegebereiches lässt sich die Arbeit jedoch nur vor Ort erledigen. Man wird deshalb häufig relativ bald vor die Frage gestellt sein, ob das Beschäftigungsverhältnis überhaupt noch aufrechterhalten werden kann.

Für den Freiwilligendienst heißt dies: Sofern Einsatzstelle oder Träger nicht dazu in der Lage sind, mit vertretbarem Aufwand eine Stelle außerhalb des Gesundheits- und Pflegebereiches zur Weiterbeschäftigung zu finden, kann der Dienst nicht fortgesetzt werden.

5. Muss das Gesundheitsamt informiert werden?

Die Verantwortlichen in den Einrichtungen müssen das Gesundheitsamt bereits dann informieren, wenn die Nachweise nicht fristgerecht vorgelegt werden oder Zweifel an der Echtheit oder Richtigkeit der vorgelegten Nachweise aufkommen.

Das Gesundheitsamt kann darauf die Beschäftigung in – oder den Zutritt zu - den Einrichtungen untersagen, in denen die Nachweispflicht gilt.

6. Was sind die Folgen, wenn Nachweise ungültig werden?

Soweit ein Nachweis ab dem 16. März 2022 seine Gültigkeit aufgrund Zeitablaufs verliert, haben Personen, die in den oben genannten Einrichtungen oder Unternehmen tätig sind, der jeweiligen Leitung innerhalb eines Monats nach Ablauf der Gültigkeit des bisherigen Nachweises einen neuen Nachweis vorzulegen.

Das kann insbesondere der Fall sein, wenn ein Genesenen-Nachweis nach sechs Monaten seine Wirksamkeit verliert. Ebenso bei späteren Anpassungen der COVID-19-Schutzmaßnahmen-Ausnahmenverordnung, nach der Impfnachweise ihre Gültigkeit ohne rechtzeitige Auffrischungsimpfung verlieren können.

7. Können bei Nichtbeachtung der Impfpflicht Bußgelder verhängt werden?

Mit der einrichtungsbezogenen Impfpflicht wurden auch neue Bußgeldtatbestände in das Infektionsschutzgesetz aufgenommen.

Die Leitung der Einrichtung, die vorschriftswidrig das Gesundheitsamt nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig benachrichtigt oder die vorschriftswidrig eine nicht geimpfte Person beschäftigt, handelt nun ordnungswidrig und muss mit der Verhängung eines Bußgeldes rechnen.

Ebenso ordnungswidrig handelt die nachweispflichtige Person, wenn sie vorschriftswidrig in einer Einrichtung tätig wird oder wenn sie vorschriftswidrig einen Nachweis nicht, nicht richtig, nicht vollständig oder nicht rechtzeitig vorlegt. Auch hier kann ein Bußgeld festgesetzt werden.

Auch die Nichtbeachtung einer vollziehbaren Anordnung hinsichtlich eines Betretungsverbot in Bezug auf bestimmte Einrichtungen ist ordnungswidrig und damit bußgeldbewehrt.

8. Warum ist die einrichtungsbezogene Impfpflicht so wichtig?

Die einrichtungsbezogene Impfpflicht erfährt nicht nur in der Bevölkerung große Akzeptanz, sondern ist auch juristisch kaum angreifbar.

Schließlich trägt das Personal in den Gesundheits- und Pflegeberufen eine besondere Verantwortung, da es intensiven Kontakt zu Personengruppen hat, die einem hohen Risiko für einen schweren oder gar tödlichen COVID-19 Krankheitsverlauf unterliegen.

Aus medizinisch-epidemiologischer Sicht ist deshalb eine sehr hohe Impfquote in Situationen, in denen Beschäftigte Kontakt zu vulnerablen Personengruppen haben, ungemün wichtig. Die Impfung des Personals reduziert in erheblichem Maße das Risiko, sich mit COVID-19 zu infizieren und die Krankheit auf andere Menschen zu übertragen.

Die in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen Tätigen können somit entscheidend dazu beitragen, das Risiko einer COVID-19-Erkrankung auch für die vulnerablen Personen so weit wie möglich zu reduzieren. Die – weitgehend gut verträgliche – Impfung kann ihnen in Anbetracht dieser besonderen Verantwortung durchaus zugemutet werden.

9. Sollten die Träger der Freiwilligendienste auch über den „Weißen Bereich“ hinaus unter den Freiwilligen für die Impfung werben?

Es ist absehbar, dass der Deutsche Bundestag noch in der ersten Jahreshälfte 2022 eine allgemeine Impfpflicht beschließen wird. Damit wird den Menschen die Möglichkeit einer freiwilligen Entscheidung (ab-)genommen. Leider wird bis dahin noch viel Zeit vergehen, in der sich mit hoher Wahrscheinlichkeit die neue Virusvariante „Omikron“ ausbreiten wird.

Für die Träger der Freiwilligendienste stellt sich daher die Frage, ob nicht in der Zwischenzeit unter den - in größerem Umfang nicht geimpften Freiwilligen – aktiv für die Impfung geworben werden sollte.

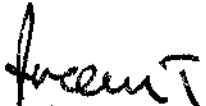
Nur wenn sich der Großteil der Bevölkerung impfen lässt, kann verhindert werden, dass in Deutschland in bestimmten Pandemiephasen täglich mehrere hundert Menschen sterben, unzählige Alte und Pflegebedürftige in Heimen vereinsamen, eine ganze Generation von Schülerinnen und Schülern - insbesondere aus sogenannten bildungsfernen Schichten - dauerhafte Bildungsdefizite erfährt, bestimmte Bereiche der Wirtschaft irreparable Schäden erleiden und dass die öffentlichen Haushalte langfristig überfordert werden.

Die Entscheidung, sich trotz all dieser Folgen einer fehlenden „Herdenimmunität“ nicht impfen zu lassen, kann deshalb nicht isoliert betrachtet werden.

Träger von Freiwilligendiensten, die für einen hohen gemeinnützigen Anspruch stehen, haben die Legitimation, Menschen mit den Folgen ihres Tuns oder ihres Unterlassens zu konfrontieren. Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie diese Legitimation als Chance begreifen und uns bei unserer Kampagne für das Impfen unterstützen würden.

Sollten Sie weitere Fragen haben, melden Sie sich gern über Mail oder die o.g. Telefonnummern.

Mit freundlichen Grüßen



Christian Avenarius
Referatsleiter